

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des
Planungsausschusses und Planungsbeirates des Regionalen Planungsverbandes
Südostoberbayern am Donnerstag, 17. Juli 2003 in Rosenheim

Der Vorsitzende eröffnete um 09:30 Uhr die Sitzung. Er stellte fest, dass die Einladung mit Schreiben vom 30.06.2003 ordnungsgemäß erfolgte. Die Einladung enthielt auch die Tagesordnung. **Der Vorsitzende** begrüßte dann alle Anwesenden, insbesondere Frau MRin Herrgott vom StMLU und ihre Mitarbeiter, Frau Maier und Herrn Höbler, des Weiteren Herrn Regionsbeauftragten Bauer und Herrn Ltd. RD Graßler vom Sachgebiet 800 bei der Regierung von Oberbayern sowie Herrn Kronast von der Presse. Bei der Sitzung waren neben dem Vorsitzenden aus diesem Gremium 23 Mitglieder anwesend. Die Anwesenheitslisten des Planungsausschusses und des Planungsbeirates sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

<u>An-</u> <u>wesend:</u>	Für den Beschluss	Gegen den Beschluss
24	24	0

Einstimmig wurde dann die Tagesordnung **beschlossen**:

T A G E S O R D N U N G :

1. **Entwicklung des südostoberbayerischen Raumes;**

Festlegung der Vorgehensweise zur beabsichtigten Erstellung eines so genannten „**Teilraumgutachtens**“

Anmerkung: Inhaltliche Vorgaben und Auftragserteilung für das Gutachten werden unter Federführung des Bayer. Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) erfolgen. Aus diesem Grunde wird Frau MRin Christa Hergott vom StMLU an der Sitzung teilnehmen.

(Erläuterung hierzu sh. Anlage)

2. **Bundesautobahn A 8 München - Salzburg Bundesautobahn A 94 München - Simbach - Pocking Bahnlinie München - Mühldorf a. Inn - Freilassing-Salzburg**

Untersuchung der Bedeutung der genannten Verkehrsachsen für die Region Südostoberbayern und Behandlung des Ergebnisses in der nächsten Verbandsversammlung im Herbst 2003.

(Beschluss über die Erteilung eines Untersuchungsauftrages an das Logistik-Kompetenz-Zentrum in Prien a. Chiemsee)

3. **Fortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern;**

a) Teil A / Überfachliche Ziele

Notwendige Anpassungen an das am 01.04.2003 in Kraft getretene neue Landesentwicklungsprogramm (LEP)

b) Teil B / Fachliche Festlegungen

B V Gewerbliche Wirtschaft Nr. 6 Bodenschätze

(Beschluss über Einleitung der Verfahren)

4. **Verschiedenes**

- a) Stellungnahme zur „Ausweisung eines Landschaftlichen Vorbehaltsgebietes im Regionalplan“ im Raum Pösling, Stadt Rosenheim
- b) Kurzbericht zum Internetauftritt des Regionalen Planungsverbandes

Danach wurde in die Behandlung der Tagesordnung eingetreten:

TOP 1 Entwicklung des südostoberbayerischen Raumes

Festlegung der Vorgehensweise zur beabsichtigten Erstellung eines so genannten „**Teilraumgutachtens**“

Der Vorsitzende erklärte zunächst, dass vor Kurzem ein Gespräch zwischen den stellv. Verbandsvorsitzenden Bgm. Knoblauch und Bgm. Flatscher und ihm stattgefunden habe, bei dem man auch der Frage nachgegangen sei, ob sich der Regionale Planungsverband schwerpunktmäßig nur mit der Aufstellung von Zielen im Regionalplan befassen oder ob er auf künftige Entwicklung auch gestaltend einwirken solle. Diese Frage stelle sich deshalb, weil vielfältige Veränderungen mit großer Geschwindigkeit unkoordiniert auf die Region 18 einwirkten und die Region selbst einfach stärker als bisher die Entwicklung des Raumes mitbestimmen sollte. Als Beispiele dieser Veränderungen nannte der Vorsitzende

1. Die Einflüsse aus der Landeshauptstadt München, wo ständig neue Akzente durch die Neue Messe, die Entwicklung des Flughafens, den Bau des neuen Fußballstadions oder auch des Transrapids gesetzt würden, es andererseits aber Defizite z. B. im gastronomischen Bereich gebe, die in unserer Region aufgefangen werden könnten.
2. Die vielfältigen Wechselbeziehungen an der österreichischen Grenze, wo z.B. das Oberzentrum Salzburg oder Entwicklungen an der Brenner-Achse massiv auf unseren Raum ausstrahlen.
3. Veränderungen in der Region selbst, in der es im Gegensatz z.B. zu Oberfranken einen massiven Bevölkerungszuwachs gebe sowie der Verkehr auf den Autobahnen, der u.a. durch die Osterweiterung der EU erheblich zunehmen werde. Gleichzeitig sei ein Rückgang im Tourismus zu verzeichnen, auch müsse vermehrt zur Kenntnis

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des
Planungsausschusses und Planungsbeirates des Regionalen Planungsverbandes
Südostoberbayern am Donnerstag, 17. Juli 2003 in Rosenheim

genommen werden, dass Gewerbe in den österreichischen, italienischen und tschechischen Raum abwandere.

Wenn wir diese Entwicklungen in den Griff bekommen wollen, brauchen wir Orientierungshilfen, die uns das LEP und auch der Regionalplan im notwendigen Umfang nicht geben können.

Neben dem Gespräch mit den stellv. Verbandsvorsitzenden habe er sich zeitgleich in einem gemeinsamen Brief mit LR Steinmaßl an das StMLU mit der Bitte gewandt, seitens des Ministeriums diese Entwicklungen untersuchen zu lassen. In einem persönlichen Gespräch sagte der Minister Hilfestellung des Ministeriums zu. Ziel soll die Erstellung eines sog. Teilraumgutachtens sein, das vom Ministerium in Auftrag gegeben und auch mitfinanziert wird. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Region selbst in einer Arbeitsgruppe (Workshop) die Problemfelder in der Region räumlich und inhaltlich herausarbeitet und dem Gutachter quasi den Stoff für ein Gutachten aufbereitet. Dies ist sicher eine nicht leichte Aufgabe, weil die Region schon auf Grund ihrer Größe sehr inhomogen ist und die Probleme z.B. in Berchtesgaden signifikant anders gelagert sind als in Mühldorf.

Der Vorsitzende betonte, dass man bei der Stoffsammlung zunächst kein Thema ausschließen sollte. Er schlage vor, dass im Workshop je ein Vertreter der Landkreise bzw. der Landkreisbürgermeister, also je zwei Vertreter pro Landkreis und zwei Vertreter der kreisfreien Stadt Rosenheim mitarbeiten sollten. Je nach Bedarf könnten auch Vertreter des Planungsbeirates (z.B. IHK) oder anderer Stellen zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe eingeladen werden. Die Moderation sollte der Geschäftsführung und dem Regionsbeauftragten obliegen und der Workshop sollte von Anfang an durch das StMLU begleitet werden. Das Ergebnis der Arbeit des Workshops müsste bis zur Verbandsversammlung im Spätherbst vorliegen. **Der Vorsitzende** bat dann Frau MRin Herrgott, hierzu aus der Sicht des Ministeriums Stellung zu nehmen.

MRin Herrgott erklärte, dass ein Teilraumgutachten erfahrungsgemäß als so genanntes weiches Instrument der Regionalplanung durchaus Sinn machen könne. Das Ministerium sei deshalb auch bereit, ein derartiges Vorhaben zu begleiten, wolle der Region aber hier nichts aufoktroieren. Die Erstellung eines Gutachtens für den gesamten Raum sei ohnehin sehr schwierig, weil die Region sehr groß und die Probleme sehr unterschied

lich seien. Ein Gutachten könne deshalb auch nur bedingt in die Tiefe

gehen und die Vorarbeiten, die das Ministerium hier über einen Workshop einfordern müsse, seien erheblich. Das Ministerium sei aber bereit, diese Arbeiten zu begleiten. **MRin Herrgott** betonte dabei ausdrücklich die Notwendigkeit, die Stärken und Schwächen des Raumes schwerpunktmäßig darzustellen. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, sei das Ministerium bereit, die Ausschreibung für ein entsprechendes Gutachten durchzuführen. Ein Gutachten mache allerdings nur dann Sinn, wenn die Erkenntnisse aus dem Gutachten letztlich auch umgesetzt würden.

LR Steinmaßl knüpfte an die Ausführungen des Vorsitzenden an und machte in einem Lichtbildvortrag nochmals anschaulich deutlich, welche Strukturunterschiede es in der Region gebe, welche Bedeutung eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur habe, welche Bezüge zu München und Salzburg bestünden und wie sich die Osterweiterung oder die demographische Entwicklung auswirken würden. **LR Steinmaßl** wies darauf hin, dass unsere Region hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Stärke im europäischen Ranking verloren habe und dass man aufpassen müsse, dass sich nicht nur die Megazentren weiter entwickeln, der ländliche Raum aber auf der Strecke bleibe. Bei den zu erwartenden Veränderungen seien unsere eigenen Aktivitäten gefragt und deshalb begrüße er die Erarbeitung eines entsprechenden Gutachtens.

Bgm. Knoblauch schloss sich diesen Ausführungen an und erklärte weiter, dass er sich in der Sache eine starke Beteiligung des Ministeriums wünsche, da diese Entwicklungen nicht nur die Interessen der Region, sondern des Landes insgesamt berührten. So dürfe z.B. die Öffnung nach Osten nicht nur aus der Perspektive von Hof oder Passau bewertet werden.

Bgm. Flatscher schloss sich den Ausführungen seiner Vorredner ausdrücklich an und ergänzte, dass es nach den gewonnenen Erkenntnissen erforderlich sei, nicht nur zu reagieren, sondern sofort zu agieren.

Bgm. Zehentner wies nochmals auf die regionalen Unterschiede und auf die damit fehlende Homogenität der Region hin und meinte, dass man sich auf Grund dieses Umstandes von einem Gutachten für den gesamten Raum vielleicht nicht zu viel erwarten dürfe. Bei genauer Betrachtung stelle sich für ihn sogar die provokante Frage, ob die Region in ihren räumlichen Grenzen so bleiben oder ob man sich nicht ihre Teilung überlegen sollte.

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des
Planungsausschusses und Planungsbeirates des Regionalen Planungsverbandes
Südostoberbayern am Donnerstag, 17. Juli 2003 in Rosenheim

Der Vorsitzende erklärte hierzu, dass mit der Erstellung eines derartigen Gutachtens natürlich noch nicht die Probleme gelöst seien. Er meine aber, dass ein Gutachten eine starke Orientierungshilfe sein könne und daher geeignet sei, die weitere Entwicklung in der Region zielgerecht zu koordinieren.

Bgm. Schaupp erklärte hierzu, dass er im Zusammenhang mit der Aufstellung des Verkehrswegeplanes, wo er den Landkreis Berchtesgadener Land zu vertreten hatte, den Eindruck gewonnen habe, dass unser Raum mehr und mehr ins Hintertreffen gerate. Für ihn bedeute dies, dass wir als Verband und Region einfach gemeinsam stärker auftreten müssten.

Beiratsmitglied Böckler vom Bund Naturschutz erklärte, dass er die Sorgen seiner Vorredner durchaus verstehe. Er müsse aber bemängeln, dass die Diskussion wieder nur die wirtschaftliche, nicht aber die ökologische Entwicklung betrachte. Nach seiner Meinung müsste aber die ökologische Sichtweise Grundlage jedweden Handelns sein. Zu viele Gemeinden meinten, sie müssten alles haben. Der vielfach beklagte Siedlungsdruck sei dann die Folge. Als Beispiel nannte er die Gemeinden am Chiemsee, wo zu dem die Autobahn nochmals ausgebaut werden soll. Als Orientierungshilfe sei nach seiner Meinung das neue LEP und auch der Regionalplan und der darin enthaltene Nachhaltigkeitsgedanke ausreichend.

Der Vorsitzende bemerkte hierzu, dass gerade der Chiemsee kein Beispiel einer ausufernden Bautätigkeit sei. Seine Ufer seien im europaweiten Vergleich am wenigsten bebaut. Was das LEP und den Regionalplan betreffe, so können die Landkreise und Kommunen mit diesem Instrument allein weder die Auswirkungen von Verkehrsmagistralen noch Einflüsse aus der Landeshauptstadt München in den Griff bekommen. Hierzu seien einfach tiefere Untersuchungen mit der entsprechenden Querschnittsbetrachtung erforderlich.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden **einstimmig folgender Beschluss** gefasst:

„Die Geschäftsstelle und der Regionsbeauftragte des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern werden beauftragt, im Benehmen mit dem Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen die notwendigen Maßnahmen zur Erstellung eines sog. „Teilraumgutachtens“ für

Anwesend:	Für den Beschluss	Gegen den Beschluss
24	24	0

die Region Südostoberbayern einzuleiten. Hierzu zählt insbesondere auch die Einrichtung eines „Workshops“, der regional ausgewogen zu besetzen ist und dessen wesentlichste Aufgabe zunächst sein wird, die unterschiedlichen Problemfelder in der Region schwerpunktartig herauszuarbeiten.“

**TOP 2 Bundesautobahn A 8 München - Salzburg
Bundesautobahn A 94 München - Simbach - Pocking
Bahnlinie München - Mühldorf a.Inn - Freilassing - Salzburg**

Untersuchung der Bedeutung der genannten Verkehrsachsen für die Region Südostoberbayern durch das Logistik-Kompetenz-Zentrum (LKZ) in Prien a. Chiemsee

Der Vorsitzende stellte kurz Geschäftsführer Karl Fischer vom LKZ vor und bat ihn dann, seine Vorstellungen zu einem Untersuchungsauftrag kurz zu erläutern.

GF Fischer stellte eingangs das LKZ in Prien und dessen Tätigkeitsfelder vor. Er erklärte dann, dass eine genaue Untersuchung der genannten Verkehrswege vor dem Hintergrund, dass der Güterverkehr auf diesen Strecken bis zum Jahr 2015 um etwa 80 % zunehmen werde, durchaus Sinn mache. Untersuchungen des LKZ mit dem Ziel für eine verbesserte Verkehrsanbindung an den Hafen in Triest hätten gezeigt, dass weder die Betroffenen vor Ort noch Entscheidungsträger in München oder Berlin immer wüssten, welche Funktionen die in Rede stehenden Verkehrsachsen künftig erfüllen können und wohl auch müssen. Die Region sollte sich hier einfach deutlicher positionieren und die Möglichkeiten ihrer Einflussnahme auf politische Entscheidungen verbessern. **Der Vorsitzende** erklärte hierzu, dass abgesehen von der Tatsache, dass das LKZ inzwischen internationale Anerkennung erfahre, der Umgang der Region mit ihren zentralen Verkehrsachsen von größter Bedeutung sei. Es müsse verhindert werden, dass diese Verkehrswege in ihrer Gewichtung immer weiter nach hinten fallen. Dieser Gefahr könne man nur mit schlüssiger Argumentation begegnen.

Stellvertr. Landrätin Köhr und **stellvertr. Bgm. Schmitzberger** befürworteten eine entsprechende Untersuchung und erklärten übereinstimmend, dass bei einem so wichtigen Thema regionale Initiativen erforderlich seien.

Bgm. Heindl befürwortete grundsätzlich eine entsprechende Untersuchung, regte aber an, in diese auch die Bahnlinie München - Rosenheim - Salzburg sowie die Westumfahrung Rosenheim mit einzubeziehen.

Bgm. Cremer merkte an, dass eine Verbesserung des Verkehrsweges zum Hafen nach Triest und damit verbunden eine deutliche Verkürzung der Transportzeit zwar zu begrüßen, dass es aber zugleich notwendig sei, die Situation im Hafen selbst zu verbessern. GF Fischer stimmte dem zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erklärte **der Vorsitzende**, dass er die Geschäftsstelle beauftrage, zunächst die Kosten für eine derartige Untersuchung zu ermitteln, beim StMLU die Frage einer Kostenbeteiligung zu klären und dann bei den Landkreisen und der Stadt Rosenheim nochmals konkret nachfragen werde, ob Zustimmung für einen entsprechenden Gutachterauftrag bestehe.

TOP 3 Fortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern

Regionsbeauftragter Bauer erläuterte kurz die Gründe, warum der Regionalplan in Teil A / Überfachliche Ziele und Grundsätze bzw. in Teil B / Bodenschätze fortgeschrieben werden müsse. Während bei Ersterem Anpassungen an das am 01.04.2003 in Kraft getretene neue LEP erforderlich seien, lägen zum Thema Kiesabbau entsprechende Anträge sowohl von Gemeinden wie auch von Abbaununternehmen vor. Zudem habe sich gezeigt, dass hier die Zielformulierungen im Regionalplan flexibler gestaltet werden müssten.

LR Schneider kritisierte, dass im Regionalplan klare zentralörtliche Festlegungen für den Städtebund Inn - Salzach fehlten. Er forderte, dass dies bei der Fortschreibung des Teils A im Regionalplan berücksichtigt werde. Der Vorsitzende sagte eine entsprechende Überprüfung zu.

Anwesend:	Für den Beschluss	Gegen den Beschluss
24	24	0

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, wurde **einstimmig folgender Beschluss** gefasst:

„Die Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Regionsbeauftragten das Verfahren zur Fortschreibung der Kapitel A II und A III aus Teil A sowie des Kapitels B V 6.2 aus Teil B des Regionalplans einzuleiten.“

TOP 4 Verschiedenes

- a) Stellungnahme zur „Ausweisung eines Landschaftlichen Vorbehaltsgebietes im Regionalplan“ im Raum Pösling, Stadt Rosenheim

GF Prentl erläuterte unter Hinweis auf die Tischvorlage kurz den Sachverhalt. Er schlug dann vor, das Anliegen der Pöslinger Bauern, Acker- und Grünflächen aus dem Landschaftlichen Vorbehaltsgebiet wieder herauszunehmen, bei der nächsten fachbezogenen Fortschreibung des Regionalplans zu behandeln. Bis dahin sollte das Anliegen vorgemerkt, und ggf. in einer Abwägung besonders gewürdigt werden.

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

- b) Kurzbericht zum Internetauftritt des Regionalen Planungsverbandes

Regionsbeauftragter Bauer erläuterte kurz, dass der Regionale Planungsverband inzwischen im Internet unter der Adresse „www.region-suedostoberbayern.bayern.de“ vertreten sei. Die Homepage enthalte neben dem Regionalplan informative Aussagen zur Region sowie aktuelle Nachrichten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erklärte der Vorsitzende die Sitzung um 12:00 Uhr für beendet.

Rosenheim, 17.07.2003

.....
Dr. Max Gimple,
Landrat und Verbandsvorsitzender

.....
Gerhard Prentl,
Geschäftsführer